dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 37 **2. Oktober 2025**

aktuell

Informationsdienst des dbb

Inhalt

Volker Geyer trifft Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
„Der öffentliche Dienst ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie“
Geyer zum Beschluss des Bundeskabinetts
„Staatsmodernisierung gelingt nur im Schulterschluss mit den Beschäftigten“
Gespräch mit Kanzleramtsminister Thorsten Frei
Ein handlungsfähiger Staat braucht das Berufsbeamtentum
Jahresbericht des Nationalen Normenkontrollrats (NKR)
Bürokratieabbau: Staat soll leistungsfähiger werden
dbb frauen
Homeoffice ist Attraktivitätsfaktor für den öffentlichen Dienst
dbb jugend
Gespräch mit Lisa Paus: Fandrejewski fordert Fachkarrieren
dbb senioren
Reform der Pflege: Prävention ernst nehmen, Selbständigkeit erhalten
dbb senioren
Tag der älteren Menschen: Positive Haltung zum Älterwerden fördern

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft
Strategie Zoll-2030: Klärung offener Fragen bleibt erforderlich
vbba Gewerkschaft Arbeit und Soziales
Bundeagentur für Arbeit: Gespräch mit Vorstandsvorsitzender Nahles
Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)
Bundesarbeitsgericht: Recht auf Fairness-Plan-Leistungen erstritten
Verband Bildung und Erziehung (VBE)
Tag der Legasthenie und Dyskalkulie: Individuelle Lösungen für individuelle Herausforderungen

Namen und Nachrichten

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

Volker Geyer trifft Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
„Der öffentliche Dienst ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie“

Im Kampf gegen Extremismus und Demokratieverdrossenheit will sich der dbb weiterhin stark engagieren.

Das hat dbb-Chef Volker Geyer in einem Gespräch mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 30. September 2025 deutlich gemacht. „Die aktuelle dbb-Bürgerbefragung verdeutlicht eindrucksvoll, dass ein enger Zusammenhang besteht zwischen einem funktionierenden öffentlichen Dienst einerseits und dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unser Staatswesen andererseits. Denn Demokratie erschöpft sich nicht in Wahlterminen. Sie braucht etwa eine freie Presse, eine lebendige Zivilgesellschaft – und eben eine leistungsfähige und bürgernahe Verwaltung. Der öffentliche Dienst ist damit ein Grundpfeiler unserer Demokratie“, unterstrich Geyer.

„Wenn das Vertrauen in Staat und Demokratie erschüttert ist, spüren das auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst schnell: Sie werden immer häufiger verbal und sogar körperlich angegangen für Missstände, die sie selbst gar nicht zu verantworten haben. Trotzdem leisten sie ihren Dienst und verteidigen die freiheitlich-demokratische Grundordnung offensiv. Nicht nur, weil es in Verträgen steht oder sie – als Beamtinnen und Beamte – einen Eid auf das Grundgesetz abgelegt haben. Sondern, weil sie davon überzeugt sind. In diesem Kampf gegen Extremismus und Demokratieverdrossenheit und für ein solidarisches Miteinander wird sich der dbb gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen weiterhin stark engagieren“, versprach Geyer.

Geyer zum Beschluss des Bundeskabinetts
„Staatsmodernisierung gelingt nur im Schulterschluss mit den Beschäftigten“

Mehr Digitalisierung, weniger Bürokratie: Der dbb begrüßt die Modernisierungsagenda des Bundeskabinetts. Doch es gibt auch Kritikpunkte.

„Mit der Modernisierungsagenda geht die Bundesregierung einen weiteren Schritt in die richtige Richtung“, sagte Volker Geyer, Bundesvorsitzender des dbb, am 1. Oktober in Berlin. „Wir als dbb unterstützen alle Vorhaben, die Digitalisierung und Bürokratieabbau konsequent voranbringen. Mit Überbürokratisierung, undurchsichtigen und unverständlichen Gesetzen muss endlich Schluss sein. Das ist gleichermaßen im Sinne der Beschäftigten, die Gesetze umsetzen müssen, und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, die sich einen agilen öffentlichen Dienst wünschen. Mit ihrer Transformationsoffensive geht die Bundesregierung wichtige Baustellen an, auf die wir als dbb schon lange hingewiesen haben.“

Sehr positiv sieht der dbb das Entwicklungsprogramm für Führungskräfte, das Teil des Maßnahmenpakets ist. Geyer: „Es sind die Führungskräfte, die entscheidende Weichen für die Modernisierung des Staates stellen müssen. Sie managen die Prozesse und geben das erforderliche Wissen an ihre Teams weiter. Dafür brauchen sie die bestmöglichen Voraussetzungen. Dabei ist es ganz entscheidend, dass das Programm die aktuellen Standards vermittelt.“

Kritisch hingegen sieht der dbb den geplanten Personalabbau von acht Prozent, der mit der Modernisierungsagenda einhergehen soll. „Pauschaler Stellenabbau schwächt den öffentlichen Dienst, der ohnehin schon in weiten Teilen völlig überlastet ist“, machte Geyer deutlich. „Wer Stellen einsparen möchte, muss vorher klar und deutlich sagen, welche Aufgaben wegfallen sollen. Alles andere ist unverantwortliche Sparpolitik auf den Rücken der Beschäftigten. Aktuell fehlen im öffentlichen Dienst bereits 600.000 Beschäftigte. Ein planloser und pauschaler Personalabbau ohne Aufgabenkritik ist deshalb mit uns nicht zu machen. Es sollte allen klar sein, dass die Staatsmodernisierung nur im Schulterschluss mit den Beschäftigten gelingen kann.“

Gespräch mit Kanzleramtsminister Thorsten Frei
Ein handlungsfähiger Staat braucht das Berufsbeamtentum

Die politischen Angriffe auf das Berufsbeamtentum müssen enden. Der dbb-Chef Volker Geyer will gemeinsam mit der Bundesregierung den Staat wieder handlungsfähig machen.

„Die unsäglichen Angriffen auf das Berufsbeamtentum der letzten Wochen haben zu viel Verunsicherung bei den Kolleginnen und Kollegen geführt – Stichwort Einbeziehung in die Gesetzliche Rentenversicherung. In der Bundesregierung muss sich endlich die Erkenntnis durchsetzen, dass das ein Irrweg ist. Dass wir gemeinsam mit Bundesinnenminister Alexander Dobrindt bei der Übertragung des Tarifergebnisses und bei der amtsangemessenen Alimentation nun in guten Gesprächen, sehe ich hingegen als positives Zeichen. Ein klares Bekenntnis zum Berufsbeamtentum und zum öffentlichen Dienst erwarten wir von der gesamten Bundesregierung – und zwar nicht nur in Worten, sondern auch durch Taten“; sagte der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer nach einem Gespräch mit Kanzleramtsminister Thorsten Frei am 2. Oktober 2025.

Die Diskussionen um das Berufsbeamtentum und den öffentlichen Dienst werde oft nur unter dem Kosten-Aspekt geführt. „Stabile Verhältnisse, unparteiische Amtsführung, streikfreie Räume: Diese Aspekte gehen in der Diskussion zu oft unter. Dabei sind sie gerade jetzt, wo das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat schwindet, enorm wichtig“, so Geyer. „Unser gemeinsames Ziel muss doch ein starker, handlungsfähiger Staat sein. Dafür reichen wir der Bundesregierung die Hand: Sei es bei der sachgerechten Umsetzung der Infrastrukturinvestitionen, beim Bürokratieabbau oder der Staatsmodernisierung.“

Jahresbericht des Nationalen Normenkontrollrats (NKR)
Bürokratieabbau: Staat soll leistungsfähiger werden

Beim Abbau von Bürokratie gibt es erste Fortschritte, meldet der NKR in seinem Jahresbericht. Ideen für eine bessere Rechtsetzung unterstützt der dbb.

Der Erfüllungsaufwand sinkt um 3,2 Mrd. Euro geht damit erstmals deutlich zurück, heißt es in dem Bericht. Die größte Entlastung verzeichne die öffentliche Verwaltung mit 1,7 Mrd. Euro. Die Wirtschaft profitier von knapp 1 Mrd. Euro Rückbau, die Hälfte davon aus sinkenden Bürokratiekosten. Bürgerinnen und Bürger würden um 500 Mio. Euro entlastet. Gleichwohl bleiben die Belastungen insgesamt auf zu hohem Niveau: 64 Mrd. Euro Bürokratiekosten pro Jahr und 13,2 Mrd. Euro zusätzlicher Erfüllungsaufwand seit 2011. „Wir sind endlich auf dem richtigen Weg“, sagte dbb-Chef Volker Geyer am 2. Oktober 2025.

„Die Empfehlungen des NKR zur besseren Rechtsetzung unterstützen wir weiterhin nachdrücklich“, so Geyer „Flächendeckende Praxischecks inklusiver einer frühzeitigen Beteiligung der Betroffenen und insbesondere den Kommunen, die für die Umsetzung von vielen Gesetzen zuständig sind. Wichtig ist, für die Einbindung der Betroffenen ausreichend Zeit im Gesetzgebungsprozess einzuplanen. Die absurd kurzen Fristen zur Abgabe von Stellungnahmen bei teils hochkomplexen Gesetzen untergraben die Einbindung der Zivilgesellschaft.“

Auch die Forderung des NKR nach einer schnelleren Umsetzung der Registermodernisierung hält der dbb für richtig. Geyer: „Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, dass das Vorhaben zentral für den digitalen Staat ist. Es wäre außerdem sinnvoll, das Onlinezugangsgesetz (OZG) und die Registermodernisierung enger miteinander zu verknüpfen, um Synergieeffekte zu nutzen.“

Der dbb begrüßt ausdrücklich, dass der NKR in seinem Gutachten klarstellt, dass Bürokratierückabbau keine blinde Deregulierungsagenda sein soll. „Es geht hier nicht darum, pauschal Stellen abzubauen oder bestimmte Euro-Beträge einzusparen, sondern um einen digitalen, handlungsfähigen und leistungsfähigen Staat.“

dbb frauen

Homeoffice ist Attraktivitätsfaktor für den öffentlichen Dienst

Dauerhaft zurück ins Büro? Diese Frage steht aktuell im Fokus der Debatte. Dabei haben sich Homeoffice-Regelungen bewährt.

„Homeoffice ist kein Krisenexperiment mehr, sondern ein fester Bestandteil unserer Arbeitswelt“, sagte Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende, am 29. September 2025 in Berlin. „Wenn es um die Attraktivität von Arbeitsplätzen geht, sind Homeoffice und mobiles Arbeiten zentrale Stichwörter. Die Beschäftigten wollen Zeitsouveränität und Flexibilität. Angesichts des dramatischen Fachkräftemangels im öffentlichen Dienst kann es sich der Staat nicht leisten, diese Realität zu ignorieren. Klar ist dabei natürlich, dass es Regeln geben muss.“

Homeoffice kann eine große Chance sein. Es spart Fahrwege und bringt damit Entlastung durch weniger Pendelstress. Berufliche und private Aufgaben lassen sich besser verzahnen. „Die Pendelzeit nützt niemanden etwas, weder den Arbeitgebenden noch den Beschäftigten selbst“, betonte Kreutz. „Fortschrittliche Homeoffice-Regelungen können dazu beitragen, dass in Teilzeit arbeitende Frauen die wöchentliche Arbeitszeit erhöhen, wenn die unproduktive Pendelzeit wegfällt. Das ist bestenfalls im Sinne aller Beteiligten.“

Ohne klare Regeln besteht jedoch die Gefahr, dass Frauen weniger wahrgenommen werden, weil Netzwerke und Karrierechancen stärker an Präsenz im Büro gebunden bleiben. Die dbb frauen-Chefin fordert daher eine Abkehr von der Präsenzkultur hin zu einer ergebnisorientierten Kultur: „Unsichtbarkeit im Homeoffice darf nicht das Karriereende für Frauen bedeuten. Wer heute Führungspositionen besetzt, muss Vereinbarkeit und Sichtbarkeit gleichermaßen ermöglichen. Wir brauchen einen Kulturwandel: Weg von starrer Präsenzkultur hin zu Ergebnisorientierung!“

Weiterhin gilt: Um Frauen den Aufstieg zu erleichtern, müssen Führung in Teilzeit, Top-Sharing oder Führen auf Distanz als Standards etabliert werden.

Laut Statistischem Bundesamt (DESTATIS) arbeiten 24 Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland zumindest gelegentlich im Homeoffice. Kreutz resümiert: „Wer Vereinbarkeit erschwert, verliert Fachkräfte und Vertrauen. Flexible Arbeitsmodelle sind kein Luxus, sondern eine Antwort auf den Fachkräftemangel“ – als größter Arbeitgeber in Deutschland müsse der Staat eine Vorbildfunktion einnehmen und entsprechende Arbeitsmodelle fördern.

dbb jugend

Gespräch mit Lisa Paus: Fandrejewski fordert Fachkarrieren

Das Laufbahnrecht ist starr – aufsteigen kann nur, wer auch Führungsaufgaben übernimmt. Das soll sich ändern.

„Für uns als dbb jugend ist es ganz entscheidend, dass sich junge Menschen im Beruf weiterentwickeln können“, sagte Matthäus Fandrejewski bei einem Treffen mit Lisa Paus (Grüne), Fachsprecherin für Arbeit und Soziales sowie Vorsitzende des Haushaltsausschusses, am 30. September 2025 in Berlin. „Die eine möchte Führungsaufgaben wahrnehmen, der andere möchte sich ausschließlich fachlich weiterentwickeln. Deshalb brauchen wir ein flexibleres Laufbahnrecht, das auch Fachkarrieren fördert. Aktuell kann nur in höhere Besoldungsgruppen aufsteigen, wer auch Führungsaufgaben übernimmt. Darin sehen wir ein Riesenproblem!“

Im Gespräch mit der früheren Bundesfamilienministerin betonte Fandrejewski, dass es ein zentrales Bewerbungsportal für den öffentlichen Dienst geben muss. „Sonst verlieren wir uns in gegenseitiger Konkurrenz“, sagte er. Weiterhin warb er für die Umsetzung moderner und zeitgemäßer Arbeitsformen, darunter Top-

Sharing. Paus hatte das Konzept als Ministerin im Familienministerium umgesetzt – die dbb jugend fordert, dass die Politik es flächendeckend realisiert.

Nicht zuletzt unterstrich der Vorsitzende der dbb jugend: „Es ist wichtig, die Arbeitskultur insgesamt zu verbessern. Wir brauchen eine offene Fehlerkultur und eine Kultur des Ermöglichens, die signalisiert, dass neue Ideen, die Dinge anzupacken, willkommen sind. Die Das-haben-wir-schon-immer-so-gemacht-Haltung gehört endgültig in die Vergangenheit!“

dbb senioren

Reform der Pflege: Prävention ernst nehmen, Selbständigkeit erhalten

Die angedachte Abschaffung von Pflegegrad 1 ist aus Sicht der dbb bundesseniorenvertretung ein sozialpolitischer Irrweg.

„Überlegungen, den rund 860 000 Menschen mit Pflegegrad 1 die überwiegend niedrigschwelligen Unterstützungsleistungen zu entziehen, weisen wir entschieden zurück“, sagte Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung, am 30. September 2025 in Berlin. „Eine Reform auf Kosten frühzeitig Pflegebedürftiger und der sie pflegenden Angehörigen wäre kurzsichtig und unsozial. Medienberichte, wonach die Bundesregierung in der anstehenden Pflegereform die Streichung des Pflegegrads 1 erwägt, alarmieren uns als dbb bundesseniorenvertretung.“

Klitzing erläuterte: „Der Pflegegrad 1 ist die Brücke, die Menschen mit beginnenden Einschränkungen im Alltag hält: Haushaltshilfe, Betreuung, kleine Umbauten – genau das verhindert oft, dass Probleme eskalieren und rasch teure Folgekosten entstehen. Diese Brücke einzureißen, wäre ein politischer Fehler mit Ansage.“ Vielmehr müsse die Selbständigkeit der Betroffenen durch Präventionsmaßnahmen möglichst lange erhalten werden, pflegende Angehörige unterstützt und das System stationärer Pflege vor Überlastung geschützt werden, sagte er zu den Hintergründen. Einsparungen an der Präventionsstufe erhöhten die Pflegekosten: Wer heute keine Hilfe im Alltag finanzieren könne, brauche morgen eher Pflegedienst, Krankenhaus oder Heimplatz. Die Prävention müsse über einen vereinfachten Entlastungsbetrag gestärkt werden.

„Eine solide Finanzierung der Pflegeversicherung kann nicht auf dem Rücken älterer Menschen und ihrer Familien erzielt werden“, resümierte der Chef der dbb-Senioren. „Wie vor jeder anderen Strukturreform auch müssen auf der Grundlage belastbarer Zahlen zu Betroffenen, Versorgungslücken und Kosten die Folgen transparent abgeschätzt werden.“

Hintergrund: Seit 2017 ersetzen Pflegegrade die früheren Pflegestufen. Pflegegrad 1 richtet sich an Menschen mit geringen Beeinträchtigungen; er gewährt noch kein Pflegegeld, aber niedrigschwellige Leistungen (Entlastungsbetrag, Pflegeberatung, Kurse, Hilfsmittel, Wohnumfeld-Anpassungen), die den Alltag tragfähig halten. Eine Streichung träfe damit genau den präventiven Unterbau der Pflegeversicherung – und wäre aus Sicht der dbb bundesseniorenvertretung der falsche Hebel in einer Reform.

dbb senioren

Tag der älteren Menschen: Positive Haltung zum Älterwerden fördern

Ältere müssen sich in einer alternden Gesellschaft aktiv für ihre Belange einsetzen, forderte dbb-Senioren-Chef Klitzing.

„Die alternde Gesellschaft ist eine Realität. Deshalb ist der 1. Oktober mehr als ein Gedenktag“, sagte Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung aus Anlass des Internationalen Tags der älteren Menschen. „Dieser 1. Oktober ist ein Arbeitsauftrag: An uns Ältere, uns aktiv für unsere Belange einzusetzen, am gesellschaftlichen und politischen Leben teilzunehmen und eine positive Haltung gegenüber dem Älterwerden zu fördern. Das Thema Älterwerden muss stärker

ins gesellschaftliche Bewusstsein rücken“, so Klitzing weiter. Ebenso seien Bund, Länder und Kommunen gefordert, altersfreundliche Strukturen zu schaffen, die Rechte Älterer zu stärken – und die Erfahrung von Millionen von Menschen aktiv in politische Entscheidungen einzubinden.

„Wenn Politik, Behörden und Unternehmen von Anfang an altersfreundlich planen, profitieren alle Generationen: mehr soziale Teilhabe, weniger Einsamkeit, stabile öffentliche Infrastrukturen – und am Ende auch wirtschaftlich klügere Entscheidungen“, zeigte sich der dbb Senioren-Chef überzeugt.

Ältere müssten konsequent in Entscheidungsprozesse einbezogen werden – in Kommunen und Verwaltungen, auf nationaler wie auf internationaler Ebene. „Wir setzen uns aktiv gegen jegliche Form von Altersdiskriminierung und Ageismus ein“, versprach Horst Günther Klitzing.
Hintergrund: Der Internationale Tag der älteren Menschen wird seit 1991 jedes Jahr am 1. Oktober begangen und geht auf einen Beschluss Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 14. Dezember 1990 zurück. Ziel ist es, angemessen auf die Chancen und Herausforderungen eines globalen demografischen Wandels im 21. Jahrhundert zu reagieren und die Entwicklung der Gesellschaft für alle Altersgruppen zu fördern. So hat sich die Zahl der über 60-Jährigen in den vergangenen 30 Jahren auf heute rund 1,2 Milliarden mehr als verdoppelt. Bis 2050 soll die Gruppe etwa um weitere 900 Millionen Menschen wachsen. Der diesjährigen Aktionstag steht unter dem Motto: „Ältere Menschen treiben lokales und globales Handeln voran: Unsere Ziele, unser Wohlbefinden, unsere Rechte.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft
Strategie Zoll-2030: Klärung offener Fragen bleibt erforderlich

Die geplante Neustrukturierung des Zolls im Rahmen des Projekts „Zoll 2030“ schreitet mit den jüngsten Beschlüssen des Lenkungsausschusses weiter voran.

Der BDZ begrüßt die vorgesehene sozialverträgliche Umsetzung der strukturellen Neuausrichtung des Zolls, die insbesondere in der 1:1 Übertragung der Behördenlandschaft des Zollfahndungsdienstes im Rahmen des Zusammenschlusses mit den Hauptzollämtern zu den 41 künftig geplanten Zolldirektionen zum Ausdruck kommt. Damit kommt das Projekt einer zentralen Forderung des BDZ nach. Gleichwohl bestehen bei den Zöllnerinnen und Zöllnern eine Vielzahl offener Fragen, die derzeit ein Gefühl von Unsicherheit erzeugen – gerade im Hinblick auf die Bandbreite der fachlichen Aufgabenerledigung durch den Zoll.

Im Mittelpunkt der Neustrukturierung stehen tiefgreifende strukturelle Veränderungen: So sollen die Generalzolldirektion (GZD) sowie die Ortsbehörden grundlegend neu organisiert werden. Die GZD wird dabei künftig in drei große Verantwortungsbereiche (Zölle und Steuern, Sicherheit und Vollzug, zentrale Verwaltung) sowie zwei zusätzliche Solitäreinheiten für Digitalisierung und Bildung gegliedert.

Auch auf Ortsbehördenebene ist eine weitreichende Neuordnung geplant, bei der u. a. aus den bestehenden acht Zollfahndungsämtern sowie 41 Hauptzollämtern insgesamt 41 neue Zolldirektionen mit unterschiedlichen Aufgabenschwerpunkten in Anlehnung an die fachlichen Aufgabenstränge der GZD gebildet werden. Die künftige Behördenlandschaft der Zollämter sowie der geplante Neuzuschnitt der Zuständigkeitsregelungen der künftigen Zolldirektionen wurde bislang ergebnisoffen behandelt.

Viele konkrete Auswirkungen für die Beschäftigten sind in diesem Stadium des Projekts noch ungeklärt – beispielsweise hinsichtlich der genauen Aufgabenaufteilung der künftigen Zolldirektionen sowie der Generalzolldirektion und deren inneren Abläufen. Das Projekt betont daher erfreulicherweise die Notwendigkeit fortlaufender „transparenter Kommunikation“ und eines umfassenden Changemanagements – ein Hinweis darauf, wie viel an Aufklärungsarbeit noch geleistet werden muss. Der BDZ setzt sich hier für weitere Beteiligungsformate

im Interesse der Beschäftigten ein. Demzufolge sind jedoch viele Details, etwa zur Abgrenzung von IT-Kompetenzen, der Doppel- und Stabsstrukturen sowie zur Anbindung der FIU, weiterhin offen oder stehen unter dem Vorbehalt weiterer Prüfungen und Gesetzgebungsverfahren. Auch die Auswirkungen auf Personalsteuerung, ortsübergreifende Aufgaben und die Nähe zu Stakeholdern wie Wirtschaft oder Zusammenarbeitsbehörden des Bundes und der Bundesländer sind noch vage und sorgen derzeit für Skepsis bei den Zollbeschäftigten.

vbba Gewerkschaft Arbeit und Soziales
Bundeagentur für Arbeit: Gespräch mit Vorstandsvorsitzender Nahles

Die Spitze der vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales hat sich am 25. September 2025 in Nürnberg zu einem Austausch mit der Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit (BA) Andrea Nahles getroffen. An dem Gespräch nahmen der Bundesvorsitzende Christian Löschner sowie die stellvertretende Bundesvorsitzende Stephanie Rau teil.

Im Mittelpunkt des Treffens standen die aktuellen wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen, die geplanten Änderungen beim Bürgergeld und deren Auswirkungen auf die Beschäftigten in den Agenturen, Jobcentern und Familienkassen. Auch die Folgen der fortschreitenden Digitalisierung für die Arbeitswelt waren ein zentrales Thema.

„Wir danken Andrea Nahles für das offene und konstruktive Gespräch“, betonte Christian Löschner im Anschluss. „Als Fachgewerkschaft vertreten wir die Interessen der Beschäftigten in der Bundesagentur und den Jobcentern und setzen uns dafür ein, dass ihre Perspektiven in wichtige Entscheidungen einfließen.“

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)
Bundesarbeitsgericht: Recht auf Fairness-Plan-Leistungen erstritten

Das Bundesarbeitsgericht hat am 1. Oktober 2025 entschieden, dass das Tarifeinheitsgesetz (TEG) auf die gemeinsame Einrichtung „FairnessPlan e.V.“ keine Anwendung findet.

Damit ist klargestellt: Die Leistungen des FairnessPlan – von Kinderbetreuungszuschüssen bis zu Härtefallhilfen – stehen den GDL-Mitgliedern auch in Betrieben zu, in denen die GDL nach einseitiger Meinung der Arbeitgeberseite vermeintlich nicht die Mehrheitsgewerkschaft ist.

„Dieses Urteil ist ein Sieg für Vertragstreue, Respekt sowie soziale Gerechtigkeit – und insgesamt ein Erfolg des konsequenten Einsatzes der GDL-Gemeinschaft. Es wurde so verhindert, dass GDL-Mitglieder ungerechtfertigterweise von vereinbarten sozialen Leistungen durch die Verbandsmitglieder des AGV MOVE ausgeschlossen werden. Damit ist klar: Unsere Gewerkschaft hat in einem ersten Teilerfolg das Recht für ihre Mitglieder erstritten, zumindest in den Belangen des FairnessPlan auch fair und vertragsgemäß behandelt zu werden“, hieß es von der GDL.

Mario Reiß, Bundesvorsitzender der GDL, erklärt: „Das heutige Urteil ist ein klares Signal: Solidarität siegt über Spaltungsversuche. Die GDL hat durchgesetzt, dass unsere Mitglieder zumindest bei der Gewährung der Sozialleistungen, welche vor „Allem“ der Gesunderhaltung der Beschäftigten dienen, nicht länger benachteiligt werden dürfen. Wer in der Bahn arbeitet, hat Anspruch auf die vereinbarten Leistungen – ohne Wenn und Aber.“

Das Bundesarbeitsgericht habe somit bestätigt, dass tarifliche Vereinbarungen nicht willkürlich aufgekündigt oder ignoriert werden dürfen. „Alles andere ist nun offiziell rechtswidrig und war seit jeher respektlos gegenüber den wohlverdienten Leistungen der Beschäftigten, die tagtäglich dafür sorgen, dass die Bahn in Deutschland funktioniert. Mit diesem Urteil ist klar, dass getroffene Abmachungen gelten und die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes sie nun endlich einhalten müssen“, so Reiß weiter.

Mit der heutigen Entscheidung hat die GDL für ihre Mitglieder in letzter Instanz erkämpft, dass die bereits laufenden Zahlungen aus dem Fairness-Plan dauerhaft fortgeführt werden können.

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Tag der Legasthenie und Dyskalkulie: Individuelle Lösungen für individuelle Herausforderungen

„Schülerinnen und Schüler mit Legasthenie und Dyskalkulie stehen in ihrer Schullaufbahn vor enormen Herausforderungen. Was dem Rest der Klasse leicht von der Hand geht, fordert von ihnen Höchstleistungen. Angesichts der Tatsache, dass fast jedes siebte Kind betroffen ist, fordern wir die Politik auf, schnellstmöglich entgegenzusteuern und das notwendige Maß an Förderung in den Schulen zu ermöglichen", fordert Gerhard Brand, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), anlässlich des Tags der Legasthenie und Dyskalkulie.

Er findet seitdem jährlich am 30. September statt. Ziel ist es, über diese Lernstörungen aufzuklären, Vorurteile abzubauen und bessere Fördermöglichkeiten einzufordern. Ins Leben gerufen wurde er 2003 vom Bundesverband Legasthenie und Dyskalkulie (BVL), um auf die Herausforderungen und Bedürfnisse betroffener Kinder und Erwachsener aufmerksam zu machen.

Brand ergänzt: „Die Herausforderung beginnt bereits in der Struktur. Die Einstufung von Legasthenie als Teilleistungsstörung bedeutet, dass in der Regel keine zusätzlichen Ressourcen für die betroffenen Kinder bereitgestellt werden, obwohl die Herausforderungen für das Lernen in der Schule gravierend sind. Das hohe Maß an individueller Förderung kann nebenbei im normalen Schulalltag oftmals nicht gelingen. Die Belastungen durch Personalmangel und viele fachfremde Aufgaben, die den Arbeitsalltag von Lehrkräften erschweren, lassen dies schlichtweg nicht zu. Auch im frühkindlichen Bereich gelingt es den politisch Verantwortlichen nicht, ausreichend qualifiziertes Personal bereitzustellen. Damit werden gerade diejenigen Kinder im Stich gelassen, die schon vor ihrem Schuleintritt auf besondere Unterstützung angewiesen wären. Die Folgen sind Lernrückstände, die sich durch die gesamte Bildungsbiografie ziehen und dem grundgesetzlich verankerten Recht auf Bildung widersprechen."

Der VBE Bundesvorsitzende fordert: „Wir müssen endlich alles daransetzen, echte Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. Es braucht massive Investitionen, um die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass jedes Kind die Förderung bekommt, die es benötigt – unabhängig von Herkunft, sozialem Status oder individuellen Schwierigkeiten. Dies bedeutet insbesondere den flächendeckenden Aufbau und die langfristige Sicherung multiprofessioneller Teams aus Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern oder Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten, aus denen heraus passgenaue Förderangebote unterbreitet werden können. Darüber hinaus können sie bereits bestehende psychische Belastungen erkennen und professionell behandeln. Zudem muss die Gewinnung von zusätzlichen Lehrkräften und Erzieherinnen und Erziehern vorangetrieben werden. Nicht zuletzt brauchen wir Fortbildungsangebote, die pädagogische Fachkräfte befähigen, Lernschwierigkeiten frühzeitig zu diagnostizieren und gezielt gegenzusteuern."

Namen und Nachrichten

Die Landesregierung, der **dbb** und weitere Gewerkschaften haben sich auf eine Weiterführung des TV Umbau II (Tarifvertrag zum Umbau der Landesverwaltung in Brandenburg) aus dem Jahr 2017 geeinigt und diesen in der Form des TV Umbau III abgeschlossen. Der neue Tarifvertrag gilt bis 31. Dezember 2030. Er setzt den Brandenburger Weg eines guten Miteinanders zwischen Landesregierung und Gewerkschaften fort, wie alle Beteiligten nach der Einigung betonten. Die Wirksamkeit der Tarifeinigung steht noch unter Vorbehalt, insbesondere der Zustimmung durch die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Mit der

Tarifeinigung wurde der Tarifvertag redaktionell und inhaltlich aktualisiert und an die sich zwischenzeitlich veränderten Gegebenheiten angepasst. Insbesondere die finanziellen Anreize für die Beschäftigten zur Förderung und Unterstützung der Mobilitäts- und Veränderungsbereitschaft wurden erhöht. Beide Seiten vereinbarten, die Mobilitätsprämien um 15 Prozent zu steigern. Die im TV Umbau II enthaltenen Qualifizierungsprämien wurden ebenfalls deutlich angehoben. So wurden für große Qualifizierungsmaßnahmen die sogenannten Basisprämien um 10 Prozent und die Anerkennungsprämien um 20 Prozent erhöht. Die Anerkennungsprämien für kleine Qualifizierungsmaßnahmen wurden von 400 auf 750 Euro (mit Dienstvereinbarung) beziehungsweise von 50 auf 200 Euro (ohne Dienstvereinbarung) erhöht. Der Charakter des Tarifvertrags als Rationalisierungsschutzvertrag soll beibehalten werden. Der TV Umbau III dient damit weiterhin dem Zweck, die Beschäftigten bei Umbaumaßnahmen in der Landesverwaltung abzusichern und eine sozialverträgliche Veränderung zu ermöglichen. So wurde im Rahmen der Tarifeinigung auch der Eingruppierungsschutz nach einer Beschäftigungszeit von bis zu fünf Jahren von acht auf zwölf Monate angehoben. Der Schutz der Beschäftigten vor betriebsbedingten Kündigungen wird beibehalten. Um auch den Forstbereich mit dem TV Umbau III abzudecken, wurde der TV-Restrukturierung LFB in den TV Umbau III integriert.

Termine:
14. Oktober 2025
9. Seniorenpolitische Fachtagung
„Generation Ü65 - unterschätzt und übersehen?“
Weitere Informationen unter www.dbb.de

17. November 2025
Pressekonferenz:
Forderungen zur Einkommensrunde der Länder 25/26
Weitere Informationen unter www.dbb.de
3. Dezember 2025
Einkommensrunde der Länder 25/26
1. Verhandlungsrunde
Weitere Informationen unter www.dbb.de
15.-16. Januar 2026
Einkommensrunde der Länder 25/26
2. Verhandlungsrunde
Weitere Informationen unter www.dbb.de
11.-13. Februar 2026
Einkommensrunde der Länder 25/26
3. Verhandlungsrunde
Weitere Informationen unter www.dbb.de